Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.02	Ordentliche Gerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.02.04	Amtsgericht Bremen

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 17.074 T€ um 524 T€ auf 16.550 T€ und der Anschlag bei den Personalausgaben von 14.789 T€ um 190 T€ auf 14.599 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 10.315 T€ um 2.104 T€ auf 12.419 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0132	Amtsgericht Bremen
Titel:	0132/112 02-9	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 15.255.500 € um 523.630 € auf 14.731.870 € reduziert.

Titel: 0132/422 01-0 Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird von 8.112.040 € um 190.120 € auf 7.921.920 € reduziert.

Titel: 0132/532 25-7 Sonstige Auslagen in Rechtssachen

Der Anschlag wird von 4.080.720 € um 2.104.000 € auf 6.184.720 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU